

4. Überhöhte Stickstoffeinträge reduzieren

Postulat Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Theres Agosti (SP, Turbenthal) und Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 9. Dezember 2019 GPK Geschäftsprüfungskommission

KR-Nr. 381/2019, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Benno Scherrer: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Sandra Bossert, Wädenswil, hat an der Sitzung vom 10. Februar 2020 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Ich gedenke nicht, die Debatte (zur Vorlage 5685) von heute Morgen zu wiederholen. Ich möchte lediglich zwei Punkte anfügen:

Erstens, es wurde verschiedentlich angesprochen, dass es zu viele Ammoniak-Emissionen im Kanton Zürich gebe, aber Zahlen wurden nie genannt. Ich kann die Zahlen schon nennen. Es gibt ja bereits einen Massnahmenplan zum Ammoniak; er heisst einfach nicht so. Er heisst Massnahmenplan «Luftreinhaltung», weil dort noch andere Themen behandelt werden. Doch es geht dort unter anderem auch um das Ammoniak. Dort wird ausgeführt, dass heute jährlich 4000 Tonnen Stickstoff-Ammoniak emittiert werden. Das Ziel sind 2400 Tonnen. Da besteht eine gewaltige Ziellücke. Und all die Massnahmen im bestehenden Massnahmenplan, die führen nicht etwa dazu, dass wir hier dem Ziel näherkommen, nein. Sie führen lediglich dazu, dass wir uns nicht weiter vom Ziel entfernen. Das ist doch sehr bedenklich.

Der zweite Punkt ist: Es wurde ausgeführt, dass überhöhte Ammoniak-Emissionen schädlich für die Biodiversität seien. Das stimmt natürlich, aber das tönt so schöngeistig. Doch das ist nicht einfach nur schöngeistig ein beklagenswerter Zustand; damit schädigen wir unsere Lebensgrundlage. Das muss uns zu denken geben.

Im Kanton Zürich überschreiten die Stickstoffeinträge also die Grenzwerte in empfindlichen Lebensräumen teilweise um ein Vielfaches. Deshalb sollen die Emissionen an der Quelle wirksam verringert werden. Das ist auch das Anliegen des Postulates. Diese Handlungsmöglichkeit gibt es im Gesetz schon lange, und zwar auch auf kantonaler Ebene. Erstaunlicherweise wird sie aber kaum – meines Wissens gar nicht – genutzt. Hier soll es einen Schritt vorwärtsgehen. Einerseits sollen für stationäre stickstoffemittierende Anlagen in Sanierungsgebieten strengere Emissionsbegrenzungen gelten. Andererseits sollen Anreize oder Lenkungen zur Sanierung bestehender Anlagen innert der gesetzlich vorgesehenen Sanierungsfrist geschaffen werden. Eigentlich ist es erstaunlich, dass es für diese selbstverständlichen Reaktionen auf ein bekanntes und grosses Problem überhaupt eines Vorstosses bedarf.

Wir danken Ihnen für die Überweisung des Postulats.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Es wissen wahrscheinlich alle, dass bereits heute keine Stickstoffeinträge in der Nähe von Wald, den Mooren und Trockenwiesen gestattet sind. Auch sind grosse Pufferzonen um diese Gebiete seit Längerem ausgeschieden. Dass der Wind – wie von Herrn Neukom (*Regierungsrat Martin Neukom*) bereits erwähnt – Nährstoffe über weite Strecken verbreiten kann, lässt sich kaum verhindern. So steht im Messbericht «Ammoniak – Emissionsmessungen in der Schweiz» von 2000 bis 2017, verfasst durch die Forschungsstelle für Umweltbeobachtungen, zu den Messungen im Kanton Zürich als Fazit: Die jetzt vorliegenden Messungen zeigen, dass die Ammoniak-Konzentrationen seit dem Jahr 2000 weder zu- noch abgenommen haben. Die gemessenen Werte in Zürich liegen im typischen Bereich der Daten schweizweit und ergeben sich laut Bericht «Ressourcenprojekt Zürich» aus den räumlich, zeitlich schwankenden Emissionen sowie sehr stark durch Witterung, Lufttemperatur, Wind, Niederschlag et cetera. Zürich ist zudem durch die wertvollen Fruchtfolgefleichen ein Ackerbaukanton und hat zum Beispiel im Verhältnis zur Innerschweiz weniger Milchkühe.

Wie in der Vormittagssitzung bereits ausführlich beim Postulat KR-Nr. 7/2019, Umweltbericht: Reduktion der Ammoniakemissionen, besprochen, werden viele Massnahmen wie Ausbringung der Gülle mit Schleppschlauch bereits umgesetzt oder laufend eingebaut. Beim Lesen des Postulats kann ich mir eigentlich nur vorstellen, dass die Initianten mit Anreizen oder Lenkungen zur Sanierung bestehender Anlagen fordern, die landwirtschaftliche Tätigkeit rund um die Messstationen stark zu reduzieren. Dies würde für die betroffenen Bauern schlimmstenfalls das Aus ihrer Betriebsform bedeuten. Der Kanton Zürich ist ein Agrarkanton; das soll unbedingt auch so bleiben. Mit einer regionalen Landwirtschaft können wir mehr zum Umweltschutz beitragen, als sich an irgendwelche Messdaten zu klammern und den Blick aufs Ganze zu verlieren.

Ich bitte Sie deshalb in Anbetracht der bereits aufgegleisten Massnahmen, das Postulat abzulehnen. Herzlichen Dank.

Theres Agosti (SP, Turbenthal): Empfindliche Ökosysteme werden geschädigt durch chronische Luftbelastungen. Es braucht wirksames Handeln gegenüber erhöhte Stickstoffeinträge, aber auch Begleitmassnahmen. Die SP hat dieses Postulat mitunterzeichnet.

Wälder, Moore und naturnahe Wiesen können übermässige Stickoxid- und Ammoniak-Emissionen langfristig nicht ertragen. Der überhöhte Stickstoffeintrag überdüngt und versauert den Boden. Gravierende Folgen sind Veränderungen der Biodiversität, die noch kaum erforscht sind. Rund ein Drittel der Stickstoffeinträge in Ökosystemen stammt von Stickoxiden aus Verbrennungsprozessen, etwa zwei Drittel haben ihren Ursprung in Ammoniak-Emissionen der Landwirtschaft. Es gehöre die richtige Menge Stickstoff in den Boden. Das haben wir heute Morgen von Seiten der Landwirtschaft gehört. So einfach: Es gehöre die richtige Menge Stickstoff in den Boden. Ja, warum geschieht das dann nicht?

Über die vielschichtigen Probleme wurde beim Postulat über die Reduktion der Ammoniak-Emissionen ausführlich debattiert. Gemeinsame Folgerung: Eine klimaneutrale Landwirtschaft muss das Ziel sein. Eine nachhaltige Landwirtschaft beschreibt das Ziel für die SP noch besser. Der Begriff «Nachhaltigkeit» bezieht die sozialen Aspekte mit ein und somit die Forderung nach begleitenden Massnahmen. Verschärfte Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft machen Begleitmassnahmen nötig, denn nicht jeder Betrieb kann die einzelbetrieblichen Kosten stemmen. Auch die Kompetenzen zur laufenden Weiterentwicklung der Betriebe müssen durch lebenslanges Weiterbilden gefördert werden. Neben der alltäglichen Arbeitsbelastung ist es jedoch schwierig, der Weiterbildung den nötigen Platz einzuräumen. Auch die Bauernfamilien brauchen Wertschätzung, da gebe ich Konrad Langhart recht. Es braucht deshalb vielfältige Schritte zur Reduktion der Stickstoffeinträge. Der Kanton Zürich muss seine Handlungsmöglichkeiten nutzen und eine wirksame Massnahmenplanung einleiten. Dazu dieses Postulat. Unterstützen Sie es.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Die Reduktion von überhöhten Stickstoffeinträgen ist ein berechtigtes Anliegen, speziell auch mit dem Augenmerk auf empfindliche Ökosysteme. Vieles wird in diesem Bereich auch heute schon gemacht. Auch in der Landwirtschaft ist man auf das Thema sehr wohl sensibilisiert. Das Postulat wirft bei der FDP jedoch Fragen auf, zum Beispiel: Wie wird der Einzugsperimeter definiert? Sind die in der Begründung des Postulats genannten Massnahmen zur Mobilität und fossiler Energie nicht besser auf nationaler Ebene anzusiedeln? Die FDP stimmt der Überweisung des Postulats mit gemischten Gefühlen zu. Wir erwarten vom Bericht des Regierungsrates, dass einerseits aufgezeigt wird, was bisher schon alles in diesem Bereich getan wird, andererseits wo wir auf kantonaler Ebene ein wirkungsvolles und effektives Verbesserungspotenzial haben.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Ich habe heute Morgen schon einiges gesagt. Vielleicht hat jetzt Herr Amrein auch dieses Mal zugehört, vor allem als vorhin der Baudirektor noch einmal sehr geduldig erklärt hat, worum es heute Morgen ging. Mehr können wir nicht tun.

Vorab zu dieser Geschichte: Die Grüne-CSP-Parteien unterstützen dieses Postulat. Ich denke, der Handlungsnachweis ist mehr als gegeben. Ich werde auch ein bisschen abkürzen. Ich habe heute Morgen schon einiges dazu gesagt. Aber hier noch anzumerken ist, dass Ursachen wie Auswirkungen der übermässigen Einträge wissenschaftlich seit Jahrzehnten gut dokumentiert sind; das ist nicht erst seit gestern so. Allerdings ist kaum eines der vom Bundesrat verabschiedeten Reduktionsziele je erreicht worden. Mit dem Konzept betreffend lufthygienische Massnahmen des Bundes 2009 sowie 2020 hat der Bundesrat als Ziel eine Reduktion der Emissionen für Ammoniak und Stickstoff um zirka 40 Prozent und für die Stickoxide um 50 Prozent festgelegt. Aber nicht viel ist seitdem passiert. Für die Landwirtschaft wurden seit der 90er-Jahre vom Bundesrat agrarpolitische Etappenziele zur Reduktion der Stickstoff- und Phosphorüberschüsse und später

der Ammoniak-Emission verabschiedet. Naja, keines dieser Umweltziele – ausser dem Phosphor in den Gewässern – hat bis jetzt wirklich gegriffen. Nitrat-Emissionen führen in der Schweiz zu extremen Kosten im Bereich von 860 bis 4300 Millionen Franken pro Jahr. Das ist doch sehr viel Geld für die Schadensbegrenzung; natürlich sind da die Gesundheitskosten miteinrechnet. Des Weiteren sind Auswirkungen auf das Klima, auf Wasser und Landlebensräume sowie die Trinkwasserbelastung und die Schädigung der Ozonschicht berücksichtigt.

Die Emission der Landwirtschaft tragen zu diesen Kosten mit 50 bis 60 Prozent bei. Erste kleine wichtige Schritte zur Reduktion der Stickstoffe wurden erst und auf massiven Druck der Umweltverbände in den letzten wenigen Jahren angegangen. Aber die Entwicklung von Massnahmen werden immer wieder ausgebremst. Die Agrarwissenschaft hat auf dem Gebiet der Schadstoffreduktion einige nennenswerte Verbesserungen entwickelt, zum Beispiel die Tierbestände und Rassen an der regionalen Futterbasis des Grünlandes auszurichten – das habe ich heute Morgen auch schon erwähnt –, effizientere Stallbelüftung und bauliche Massnahmen in den Ställen und so weiter. Aber gemessen an der Schadensbilanz greifen alle diese Massnahmen viel zu wenig schnell, weil sie nur zögerlich angegangen werden.

Deshalb unterstützen Sie mit uns dieses Postulat, damit endlich etwas schneller vorwärtsgemacht werden kann. Besten Dank.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Ich kann es kurz machen oder mein Votum von heute Morgen wiederholen. Ich bevorzuge Ersteres; es geht ja fast wieder um das Gleiche. Daran ändert auch die Argumentation nicht viel. Auch bauliche Massnahmen an stationären Anlagen wie Stahlbauten oder Güllebehälter, die werden längst umgesetzt, und Fristen werden gesetzt. Es braucht Baubewilligungen, die alle diese Bedingungen erfüllen. Also, das Postulat kommt eigentlich zu spät und rennt offene Türen ein. Daher werden wir es auch nicht überweisen. Kommt noch hinzu, dass die Einzugsperimeter für solche Schutzzonen, die würden – ausser in den Städten Zürich und Winterthur – den ganzen Kanton betreffen. Ich glaube, in Zürich und Winterthur hat es nicht so viele Grossviehställe, wo das auch nötig wäre, diese Zone noch separat auszuscheiden. Wir überweisen das Postulat nicht. Besten Dank.

Beat Monhart (EVP, Gossau): Über die Problematik der hohen Stickstoffeinträge haben wir heute Morgen ausgiebig diskutiert. Mein Kollege Daniel Sommer hat Ihnen dargelegt, dass wir als EVP nicht grundsätzlich gegen Massnahmen zur Reduktion von solchen Einträgen sind, sofern der Weg dazu gangbar ist und die vorgesehenen Massnahmen auf sinnvolle Weise umgesetzt werden können.

Beim vorliegenden Postulat sehen wir – im Unterschied zu heute Morgen – die folgenden drei positiven Ansätze: Erstens, bezüglich der betroffenen Gebiete wird fokussiert auf solche mit besonders sensiblen Ökosystemen, wie zum Beispiel Wald, Moore oder Trockenwiesen. Das grenzt den Handlungsspielraum, den Handlungsbereich sinnvoll ein und macht mögliche Massnahmen umsetzbar. Zweitens, der Fokus liegt nicht ausschliesslich auf der Landwirtschaft, sondern

generell auf allen möglichen Emittenten, wie zum Beispiel die Mobilität oder die Anwendung von fossiler Energie. Drittens, damit notwendige Sanierungen vorgenommen werden können, sollen dafür Anreize geschaffen werden. Das ist der fairere Weg als nur Verbote oder Auflagen zu erstellen und nimmt uns alle in die Pflicht, zu Lösungen beizutragen, die letztlich allen nützen.

Mit diesen Vorzeichen ist eine pragmatische Umsetzung dieses Postulats möglich, weshalb wir es unterstützen. Wir bitten dabei, die Baudirektion zu prüfen, inwieweit die Inhalte dieses Vorstosses auch im Rahmen des Massnahmenplans «Ammoniak» aufgenommen werden kann.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 110 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 381/2019 zu überweisen.

Ratspräsident Benno Scherrer: Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.